

Marzahn- Hellersdorf

19. Jahrgang / August 2009

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Keine Saure-Gurken-Zeit für dieses Informationsblatt im August! Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe auf mehreren Seiten eine (Zwischen-)Bilanz der Fraktion der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf vor. Dazu auch Interessantes aus den Stadtteilen, Infosplitter aus dem Bezirk. Seiten 1 - 7
Oft ein Thema: Extremismus von Links - und welche Meinung hat DIE LINKE dazu? Wir dokumentieren die Argumente von Udo Wolf (MdB) Seite 10

Die Seite der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf - die nunmehr 22. - mit den Themen: Noch 'ne Schulhof-CD? - Aufmucken gegen Rechts startet in die nächste Phase / Rock für Links in Lichtenberg im September in der Parkaue Seite 9

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann!

Von Klaus-Jürgen Dahler, Vorsitzender der Fraktion der LINKEN in der BVV

Bei den Wahlen im Jahre 2006 zur Bezirksverordnetenversammlung entschied sich die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unseres Bezirkes für die Fortsetzung unserer Politik: bürgernah, sozial gerecht und solidarisch. Nach unserem demokratischen Verständnis führen wir in Übereinstimmung mit den anderen demokratischen Parteien die Auseinandersetzung mit der NPD. In allen anderen Bereichen gestaltet sich die Zusammenarbeit

abwägungen praktiziert. Nicht in jedem Fall konnten alle Konflikte aufgelöst und umfassend geklärt werden. Aber wer sich den Bürgerinnen und Bürgern stellt, der wird immer wieder die Erfahrung machen, dass damit Demokratie und Transparenz des eigenen Handelns befördert werden.

Seit letztem Jahr ist das Projekt Bürgerhaushalt auf alle Stadtteile ausgedehnt worden.

täglichen politischen Arbeit suchen wir nach Alternativen und Lösungen, um den Bezirk als lebenswerten Wohnort zu gestalten und zu erhalten - für Kinder, Erwachsene, für Junge und Ältere, für Familien und Singles, für Menschen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen. Das gelingt nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, mit Verbänden, Vereinen, der Wirtschaft, den Ämtern und den Wohnungsunternehmen.



Panorama „Helle Mitte“ Foto: N. Lüdtkke

nicht immer konfliktfrei, weil wir unterschiedliche politische Auffassungen vertreten. DIE LINKE als Partei für soziale Gerechtigkeit nimmt diesen programmatischen Ansatz als Entscheidungsgrundlage auch in der Kommunalpolitik.

Unsere Kommunalpolitik war und ist darauf gerichtet, Entscheidungen partnerschaftlich mit Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks zu treffen und umzusetzen. Auch deshalb unterstützten wir, trotz angespannter Haushaltslage, die weitere Arbeit der Stadtteilzentren, von Kinder- und Jugendeinrichtungen und des Migrationssozialdienstes. In diesem Zusammenhang werden ein lebendiger Meinungsstreit und unterschiedliche Interessen-

Damit engagieren sich mehr Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil und beteiligen sich an sozialen, ökologischen und kulturellen Veränderungen im Kiez. Ein guter Anfang ist gemacht, der weiter entwickelt wird. Das ist besonders wichtig, da sich in den letzten Jahren die soziale Struktur und die Lebensverhältnisse im Bezirk stark verändert haben. Grundlegende Umbrüche in der Sozialgesetzgebung und eine völlig verfehlte Beschäftigungs-, Bildungs- und Rentenpolitik der großen Koalition von SPD und CDU führten in unserem Bezirk zu einer Tendenz der Verarmung von Teilen der Einwohner, wie dem aktuellen Sozialstrukturatlas des Landes Berlin zu entnehmen ist. Ziel unserer Kommunalpolitik ist es, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. In der

Was gibt's noch?

Seite 2:

Unter der Kuppel und im Leben: Petra Pau / Dagmar Pohle: Das Bezirksamt und der Wahlkampf

Seite 3 - 7:

Bilanz der Fraktion DIE LINKE im Bezirk

Seite 7:

Russland im Gefüge der Mächtigen

Seite 8:

Börsen-Bahn mit Schock-Garantie / Zur Neubebauung am Helene-Weigel-Platz

Seite 9:

Jugendseite

Seite 10:

Dokumentiert: Linksextremismus in Berlin

Seite 12:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Dagmar Pohle: Das Bezirksamt und der Wahlkampf

Wenn die Bundestagswahlen im September stattfinden werden, sind auch zwei Drittel der Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses und der Berliner Bezirksverordnetenversammlungen vorbei. Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf ist seit einem Jahr stabil besetzt und steckt mitten in der Umsetzung all der Vorhaben, die es sich nach den Wahlen gemeinsam auf der Grundlage der Beschlüsse der BVV erarbeitet hat.

Erklärtes Ziel war und ist es, den Haushalt zu konsolidieren, kein Primärdefizit, das heißt keine neuen Schulden, mehr zuzulassen und möglichst die Altschulden abzubauen, um neue Handlungsspielräume für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Diese Zielsetzung haben wir trotz der Finanzkrise, die auch auf den Berliner Haushalt ihre Schatten wirft, nicht aufgegeben. Wir haben es geschafft, die Einrichtungen und Angebote der sozialen und soziokulturellen Infrastruktur zu erhalten und zum Teil auszubauen. Und obwohl wir Sportanlagen, die teuer in der Unterhaltung waren und einen hohen Sanierungsstau hatten, geschlossen haben, ist es gelungen, dass die Sportvereine des Bezirkes ihre Angebotsvielfalt beibehalten konnten.

Die Etablierung eines Immobilienmanagements im Bezirksamt hat noch nicht die erhofften wirtschaftlichen Ergebnisse gebracht, hier bedarf es noch großer Anstrengungen im Bezirksamt. Auch, um die Verhandlungen mit dem Berliner Immobilienmanagement (BIM) zu Ende zu führen, um Klarheit über die Zukunft unserer Dienstgebäude zu erhalten. Mit dem Stadtbau Ost haben wir klare Zeichen gesetzt, dass die in der DDR entstandenen Großsiedlungen eine Perspektive haben, wenn sie die Chance bekommen, sich auf den demografischen Wandel und die veränderten wohnungswirtschaftlichen Bedingungen einstellen zu können. Und die Anstrengungen der vergangenen Jahre um das größte zusammenhängende Gewerbegebiet von Berlin beginnen Früchte zu tragen. Das Solarunternehmen INVENTUX wird in den nächsten Jahren wachsen und neue

Ansiedlungen nach sich ziehen. Und der lang umstrittene Krankenhausneubau in Kaulsdorf steht vor dem ersten Spatenstich. Trotz hartnäckiger Verhandlungen in den letzten sieben Jahren gibt es noch keinen sichtbaren Fortschritt in der behindertengerechten Erschließung des KNORR-Gewerbeparkes durch eine

Unter der Kuppel und im Leben: Petra Pau

Ein Werdegang in unserem Bezirk, könnte man auch sagen.

Petra Pau begann ihre parlamentarische Arbeit im damaligen Bezirk Hellersdorf. 1990 fragten sie Hellersdorfer Mitglieder der PDS, ob sie nicht helfen könnte, die Kommunalpolitik hier vor Ort zu stärken. Sie war gerade arbeitslos geworden, nachdem sie zu den

den Gewerbepark, die S-Bahn und Marzahner Promenade verbindende Brücke. Das ist mehr als ärgerlich und kaum zu erklären.

So liegen Licht und Schatten in der kommunalpolitischen Arbeit oft eng beieinander. Und in den nächsten beiden Jahren gibt es noch viele Herausforderungen für das Bezirksamt. Und an der Darstellung wird klar, dass alle Mitglieder des Bezirksamtes gefordert sind und der Berliner Wahlkampf sich noch etwas gedulden muss.

der 14. und 15. Legislatur können Sie sich auf archivierten Webseiten (www.petrapau.de) informieren. Die entsprechenden Links finden Sie auf dieser Seite, ebenso die Wahlkampf-Seiten.

Bei der vorgezogenen Wahl am 18. September 2005 erhielt die Linkspartei.PDS 8,7 Prozent aller Zweitstimmen. Petra Pau hatte in Marzahn-Hellersdorf direkt kandidiert und diesen Berliner Wahlkreis mit 42,6 Prozent aller Erststimmen erneut gewonnen.

Am 23. September 2005 konstituierte sich die Linksfraktion. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Gregor Gysi und Oskar Lafontaine gewählt. Bis Februar 2008 war Petra Pau als Leiterin des Arbeitskreises „Demokratie und BürgerInnenrechte“ zugleich stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Dann gab sie die Arbeitskreis-Leitung ab, blieb aber Mitglied des Fraktionsvorstandes. Zudem ist sie Berlin-Beauftragte der Bundestags-Fraktion DIE LINKE. Jeder Fraktion steht ein Sitz im Präsidium des Deutschen Bundestages zu. Lothar Bisky kandidierte 2005 viermal für die Fraktion DIE LINKE - ohne Erfolg. Am 7. April 2006 kandidierte Petra Pau für das Amt einer Vizepräsidentin. Sie wurde vom Bundestag gewählt.

Regelmäßig und kontinuierlich führt Petra Pau ihre Bürgersprechstunden durch, ist vor Ort bei Vereinen, in Institutionen, Betrieben und führt selbst Diskussionsrunden durch. Dazu gehören ihre Veranstaltungsreihe: „Einer trage des anderen Last“ im Kulturforum Hellersdorf und das „Unternehmerfrühstück“ im Schloss Biesdorf, welches sie gemeinsam mit

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und dem „Linken Wirtschaftsforum“ durchführt. Kontakt zur BVV, zum Abgeordnetenhaus ist für sie selbstverständlich. Sie will wissen, wie das, was der Bundestag beschließt, konkret wirkt, sammelt Argumente, um vielleicht doch den einen oder anderen Abgeordneten zum Nachdenken und Handeln zu bringen. Unermüdlich besucht sie, oft mit Kommunalpolitikern gemeinsam, Veranstaltungen im Wahlkreis. „Unter der Kuppel und im Leben“ steht auch meist als Motto. Die „Kuppel“ steht für Bundestag, das „Leben“ meint Sie. Petra Pau will beides wieder zusammen bringen – mit Ihnen!

Heidi Wagner



Auch 2009 wurde auf dem Sportplatz an der Wuhletalstraße ein großes Sommerfest gefeiert. Veranstalter waren die Wohnungsgenossenschaft „Fortuna“, das „Hafen“-Frauzentrum, der Verein „Dissens“, der Club „Impuls“ und das Sportprojekt „Mädchen mobil“. Dagmar Pohle (vorn links) und Petra Pau (vorn rechts) gemeinsam mit Veranstalterinnen. Foto: Heidi Wagner

Letzten gehörte, die die Pionierorganisation abwickeln mussten.

Petra Pau wurde zum Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Hellersdorf gewählt und engagierte sich hier neben vielen anderen Dingen für den gerechten Umgang mit den ehemaligen Pionierleitern und einer damals heiß diskutierten Frage, den Straßenumbenennungen. 1995 kandidierte sie für das Berliner Abgeordnetenhaus und errang das Mandat für einen Hellersdorfer Wahlkreis. 1998 entschied sie sich spontan, für den Bundestag zu kandidieren, nachdem ihre Partei einen Kandidaten „verlor“.

Seit 1998 ist Petra Pau Mitglied im Deutschen Bundestag. Über ihr Engagement in

Kommunalpolitische (Zwischen-)Bilanz:

Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt

Die demokratischen Parteien DIE LINKE, die SPD, die CDU, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und die Verordneten der WASG vereinbarten 2006 eine gemeinsame Position zum Umgang mit der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung.

In Anträgen und Anfragen versuchen die NPD-Verordneten immer wieder, sich als Sachwalter von sozialen Problemen darzustellen. Das verbinden sie jedoch häufig mit fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Ausfällen. Diese konnten bisher erfolgreich parteiübergreifend zurückgewiesen werden. Wir unterstützen Projekte, die sich mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auseinandersetzen, wie POLIS (Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus) und das Netzwerk MUT (Eltern, Lehrer und Schüler gegen Rassismus) und antifaschistische Vereinigungen.

Die Netzwerkstellen für Demokratie und Toleranz der Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Treptow haben sich zusammengeschlossen, um in einer Datenbank rechtsextremistische und fremdenfeindliche Vorfälle zu erfassen, Opfern von Übergriffen zu helfen und Aktionen gegen Rechts über Bezirksgrenzen hinaus zu organisieren.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und das Eintreten für Demokratie und Toleranz hat in unserem Bezirk eine gute Tradition und findet in vielfältigen Formen statt. Wir gedenken gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern bei den Lesungen gegen das Vergessen und Verdrängen, bei Kranzniederlegungen und öffentlichen Veranstaltungen der Opfer von Faschismus und Krieg, unter ihnen Soldaten der Roten Armee, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Roma und Sinti des ehemaligen Zwangslagers Marzahn.

Die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung, Petra Wermke (DIE LINKE), fühlt sich diesem Anspruch besonders verpflichtet. So lädt sie zum jährlichen Gedenken am Tag der Befreiung am 8. Mai, zu Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Januar und zu der jährlichen Veranstaltung Lesen gegen das Vergessen und Verdrängen der faschistischen Verbrechen auf dem Helene-Weigel-Platz ein.

Um Gedenken wach zu halten, setzen wir uns für die Benennung von Straßen und Plätzen nach Antifaschisten ein wie z.B. Jurek Becker und Kurt Goldstein. Besonders beeindruckende Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, von uns mitorganisiert, waren Gespräche mit Zeitzeugen. Immer wieder tief beeindruckend sind die Schilderungen und Diskussionsangebote von Salomon „Sally“ Perel.

Marzahn-Hellersdorf als Bürgerkommune/Bürgerhaushalt

Auf Antrag unserer Fraktion führt das Bezirksamt zwei Einwohnerversammlungen pro Stadtteil in der Legislaturperiode durch. Bürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) und alle Stadträte stellen sich den Anfragen der Bürgerinnen und Bürger.

Das Projekt Bürgerhaushalt wird jetzt in allen Stadtteilen des Bezirkes umgesetzt. Bürgerinnen und Bürger trafen sich regelmäßig, wenn auch in kleinen Gruppen. Bei Kiezrundgängen wurden die Probleme aufgespürt und festgehalten. Bis Februar 2009 wurden 160 Bürgeranträge erarbeitet und an das Bezirksamt und die Bezirksverordneten übergeben. Im September 2009 entscheidet die Bezirksverordnetenversammlung über die Aufnahme der Vorschläge in den Doppelhaushalt 2010/2011.

Wichtiges aus den Stadtteilen

Marzahn-NordWest

Jährlich findet die Aktion der Frauennetzwerkes „Rote Rosen für Clara“ um den Frauentag herum am Denkmal für Clara Zetkin statt

- 4.6.2007 Das gärtnerisch gestaltete Wappen wird in der Nähe des S-Bahnhofs Ahrensfelde der Öffentlichkeit übergeben.
- 15.5.2008 Im ehemaligen Bürgeramt in der Havemannstraße eröffnet der Kiek in e.V. das Bürgerzentrum Marzahn-NordWest
- 30.8.2008 Einweihung einer neuen Kita in der Rosenbecker Straße
- 13.3.2009 Eröffnung der Wanderausstellung zur Geschichte der Deutschen aus Russland „Das gebrochene Schweigen“ von Dr. Viktor Fromm und Lyra e.V. im Caritas – Migrationszentrum, Borgheider Straße 30.

Marzahn-Mitte

- Januar: gemeinsame Kranzniederlegung Bezirksverordnetenversammlung und Heimatverein an der Stehle für die Zwangsarbeiterinnen
- April: Verleihung des Ausbildungspreises im eastgate
- Mai: Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal zum Tag der Befreiung
- Juni: Gedenken am Sinti- und Roma-Stein
- September: Lesen gegen das Vergessen und Verdrängen auf dem Helene-Weigel-Platz
- 28.7.2007 Mit einem Festival wird vorm ORWO-Haus die deutschlandweit erste Frank-Zappa- Straße eingeweiht
- 3.11.2007 Erste Pflanzaktion im Hochzeitspark Ludwig-Renn-/Alfred-Döblin-Straße
- 16.12.2007 Feierliche Benennung des Otto-Rosenberg-Platzes
- 14.9.2008 Denkmalsplakette wird am Alten Rathaus Marzahn angebracht
- 5.5.2009 Das Seniorenheim „Schleusinger Straße“ feiert 25-jähriges Bestehen

Marzahn-Süd

- 12.5.2007 Erholungspark Marzahn feiert 20-jähriges Bestehen
- 2.7.2007 Die Stadtteilbibliothek „Erich Weinert“, Helene-Weigel-Platz 4, feiert 25-jähriges Jubiläum
- 26.8.2007 Eröffnung der Ausstellung „Marzahn-Hellersdorf – Von den Anfängen bis 1870. Dritter Baustein zur Dauerausstellung“ zur Bezirksgeschichte im Bezirksmuseum, Alt-Marzahn
- 14.4.2008 Eröffnung des Tourismusbüros des Bezirkes im neuen Eingangsbereich des Erholungsparks Marzahn
- 31.5.2008 Eröffnung des Renaissancegartens im Erholungspark Marzahn
- 10.10.2008 Tierhof Alt-Marzahn feiert seinen 20. Geburtstag
- 9.5.2009 Übergabe Haus des Sports an die Nutzer
- 13.05.2009 15. Jahre Marzahner Mühle mit Einweihung der Hochzeittreppe



9. Mai 2009: Gedenken am sowjetischen Ehrenmal auf dem Marzahner Friedhof anlässlich des Tages der Befreiung .
Foto: R. Schilling

Wichtiges aus den Stadtteilen

Hellersdorf-Nord

- Juni.: „Classic Open Air“ auf dem Fritz-Lang-Platz, mit dem Jugendsymphonieorchester Marzahn-Hellersdorf, 2009 bereits zum 4. Mal
- 17.2.2007 Das Bündnis „Kein Vergessen“ veranstaltet in der Alice-Salomon-Fachhochschule eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sind die Namen schon vergessen?“
- 17.4.2007 Die Fläche der ehemaligen Kita Tangermünder Straße 26-28 wird für Anwohner zum Grabeland „Gartenland am Beerengraben“ umgestaltet
- 11. 6.2007 Eröffnung des Peter-Weiss-Platzes
- 6.7.2007 Großes Trommelfest ein Jahr nach dem rechtsextremen Brandanschlag auf das Haus Babylon
- 5.3.2008 1. Frauenkonferenz, organisiert vom Frauenbeirat in der Alice-Salomon-Fachhochschule
- 1.9.2008 Die 1. Gemeinschaftsschule, Mozart-Schule, des Bezirkes wird eröffnet

Hellersdorf-Ost

- Dezember: „Pyramidale“ – Musikfest im Ausstellungszentrum „Pyramide“ in der Riesaer Straße
- 21.6.2007 Feierliche Einweihung des Westteils des Stadtteilparks am U-Bahnhof Hellersdorf. Der Park wird an diesem Tag nach Regine Hildebrandt benannt
- 1.9.2008 Eröffnung des 11. Gymnasiums, nach Zusammenlegung von Bernstein- und Reinhardt-Gymnasium
- 9.2.2009 Ausstellungseröffnung „Ich habe nicht gewartet. Ich habe gelebt“ – Der Maler und Fotomonteur Josep Renau (1907 – 1982) Valencia – Mexico – Berlin“ im Ausstellungszentrum „Pyramide“
- 2.3.2009 Wiedereröffnung des Frauenzentrums „Matilde“ in der Stollberger Straße
- 2.5.2009 „20 Jahre Kiste – 20 Jahre Kultur im Wandel“

Hellersdorf-Süd

- Juli Auszeichnungsveranstaltung des Bezirksamtes für die Schülerlotsen in der Jugendverkehrsschule, Erich-Kästner-Straße
- 5.3.2007 Frauenbeirat des Bezirkes im Frauenzentrum „Matilde“, Carola-Neher-Straße, berufen
- 15.11.2008 „30 Jahre Marzahn-Hellersdorf – Umbrüche und Kontinuitäten“ – Tag der Regional- und Heimatgeschichte im Kulturforum Hellersdorf
- 10.1.2009 Eröffnung des neuen Stadtteilzentrums „Kompass“

Für eine solidarische Gesellschaft - gegen soziale Ausgrenzung

Alle unsere parlamentarischen Initiativen und unsere außerparlamentarischen Aktivitäten orientieren sich daran, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes möglichst viel Chancengerechtigkeit erfahren. Die Direktkandidatin der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf für den Deutschen Bundestag, Petra Pau, erklärte in einem Radiointerview, dass für sie der von uns angestrebte Demokratische Sozialismus sowohl Bewegungsform als auch die Beschreibung einer gerechten Gesellschaft ist. Das heißt u.a., dass diejenigen, die ihr Leben nicht aus eigener Kraft gestalten können, für ihre Daseinsvorsorge eine menschenwürdige Unterstützung bekommen. Das ist unter den heutigen Bedingungen der Hartz-IV-Gesetze, der Gesundheitsreform, des zunehmenden Niedriglohnssektors und zunehmender Altersarmut nicht gegeben. Armut und Erwerbslosigkeit und ihre Folgen sind Produkt heutiger gesellschaftlichen Bedingungen. Ziel linker Politik ist, diese Zustände zu verändern, kommunalpolitisch heißt das, Betroffene nicht durch den Entzug sozialer Leistungen zu bestrafen und sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen. Deshalb führt Klaus-Jürgen Dahler seit Jahren Sprechstunden als Fraktionsvorsitzender auch für Hartz-IV-Betroffene durch. Einigen von ihnen konnte er unbürokratisch helfen, anderen half er bei der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Möglichkeiten.



In der Sicherung der Arbeit der Stadtteilzentren, der Stärkung der Einrichtungen für Bildung, Kultur und Sport sowie für Beratung sehen wir Möglichkeiten, der Ausgrenzung der Betroffenen entgegenzuwirken.

In Anhörungen unserer Fraktion mit Vertretern von Projekten, Verbänden und Vereinen erarbeiteten wir uns Leitlinien zum Umgang mit den sozialen Problemlagen. Wir werden dabei auch weiterhin die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger, der Vertreter der Wirtschaft und von Verbänden einbeziehen, als politische Kraft - für soziale Gerechtigkeit.

Linkes Wirtschaftsforum und Beschäftigung

Seit zwei Jahren arbeitet das LINKE WIRTSCHAFTSFORUM Marzahn-Hellersdorf mit dem Ziel, aus der Partei heraus im Kreis linker Unternehmerinnen und Unternehmer politisch wirksam zu werden. Ergebnisse des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS sind:

Das Unternehmerfrühstück im Schloss Biesdorf - es fand seither achtmal statt. Einladende waren Petra Pau, Dagmar Pohle und der Unternehmerverband OWUS. Als Gäste konnten u.a. Wirtschaftssenator Harald Wolf, Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, der Finanzexperte und Banker Edgar Most begrüßt werden.

Am Rande dieser Veranstaltungen gibt es regelmäßig persönliche Gespräche zwischen Politikern der LINKEN und Unternehmerinnen und Unternehmern.

Das Förderprojekt Arbeit und Integration für russischsprachige Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund wurde gemeinsam mit der bbw-Akademie unter Federführung der Bürgermeisterin entwickelt.

In Vorbereitung befindet sich ein Förderprojekt zur Beratung von Existenzgründungen von russischsprachigen Migrantinnen und Migranten (Entwurf liegt vor) gemeinsam mit OWUS und dem Berliner Russlanddeutschen Unternehmerverband BRD und Dr. Geiger Unternehmensberatung und Training GUT.

Die Idee der Schülerfirmen wird weiter verfolgt. Ziel ist es, zu Beginn des neuen Schuljahres Angebote an die Marzahn-Hellersdorfer Schulen zu machen.

Wir setzen uns in der Bezirksverordnetenversammlung und im Bezirksamt dafür ein, das Maßnahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors auch Arbeitslosen unseres Bezirkes zugutekommen. So konnten in diesem Jahr 311 Stellen für Arbeitslose im Bezirk finanziert werden. Dieses Projekt, der ÖBS (Öffentlicher geförderter Beschäftigungssektor) des rot-roten Senates soll Arbeitslosen die ökonomische Unabhängigkeit vom Arbeitslosengeld II ermöglichen.

Gleiche Bildungschancen - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern

Im Bildungsbereich ist zentrales Anliegen die Umsetzung des Gemeinschaftsschulprojektes. Seit 2008 arbeitet die Mozart-Schule als Gemeinschaftsschule. In diesem Jahr kam als zweite bezirkliche Gemeinschaftsschule das Kooperationsprojekt von Bettelheim- und Thüringen-Schule hinzu. Die Anmeldezahlen für die Sekundarstufe der Mozart-Gemeinschaftsschule verdeutlichen, dass die Idee des gemeinsamen Lernens, einer Schule für alle Kinder, in unserem Bezirk von Schülern, Lehrern und Eltern angenommen wird.

Ein weiteres wichtiges bildungspolitisches Arbeitsfeld war die Arbeit am Schulentwicklungsplan 2008-2012. Durch die Entscheidung des Berliner Senats, das gegenwärtige Schulsystem zu reformieren, ist es notwendig geworden, auf der Basis des Schulentwicklungsplanes eine neue Bezirksschullandschaft zu gestalten.

Von besonderer Bedeutung in der Debatte um den Schulentwicklungsplan ist die Rolle der Sonderschulen. Grundsätzlich fordern wir die Integration aller Kinder in Regelschulen. Doch



aus diesem Anspruch auf Integration aller, erwächst auch eine besondere Verantwortung. Denn Integration kann erst dann erfolgen, wenn die personellen und materiellen Voraussetzungen an den Regelschulen gegeben sind. Zu diesem Thema haben wir zahlreiche Anfragen an den Bildungsstadtrat gestellt. Unsere Fraktion forderte für Übergang von Schülern aus der Strittmatter-Sonderschule und der Dahlmann-Sonderschule in Regelschulen Konzepte ein, die eine erfolgreiche Integration ermöglichen.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben wir mit Anfragen und Anträgen versucht, die Lernbedingungen im Bezirk zu verbessern. Auch wenn einiges erreicht wurde, so ist uns doch bewusst, dass noch vieles zu tun bleibt. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit allen Betroffenen, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen.

Wir setzen uns weiterhin für die Umsetzung von ganztägiger Bildung und Erziehung ein. Deshalb bewerten wir

die Übertragung von Horten in freie Trägerschaft ohne ausreichende Befragung der Eltern als sehr kritisch. Keine Zwangsübertragung von Horten in freie Trägerschaft ist eine unserer Forderungen in diesem Zusammenhang.

Die Stadt ökologisch entwickeln - die Natur bewahren

Die Bewahrung von Natur und Umwelt ist ein wichtiger Bestandteil unserer kommunalpolitischen Arbeit. Gemeinsam mit engagierten Bürgern begleiten wir die Umsetzung des Programms zur Renaturierung der Wuhle, die nach Stilllegung des Klärwerksableiters umgesetzt wurde.

Der Bau eines Freibades/Wasserskianlage am Elsensee mit dem Ziel einer „geordneten Badenutzung“ steht in Konflikt zum Erhalt und zur weiteren Entwicklung der wertvollen Biotop und zu Interessen von Anwohnern. Deshalb wurde das Bezirksamt beauftragt, zu prüfen, ob und welche anderen Bademöglichkeiten im Bezirk geschaffen werden können.

Wir setzen uns für die Weiterführung des Prozesses der Lokalen Agenda 21 ein. Dazu wurden Entwicklungsziele für nachhaltigen Umwelt- und Naturschutz definiert, deren Umsetzung allerdings schwierig und langwierig ist. Wir haben uns in diesem Zusammenhang mehrfach für den Erhalt der Stelle eines Beauftragten für die Lokale Agenda 21 eingesetzt und uns über

Wichtiges aus den Stadtteilen

Biesdorf

- Mai: Biesdorfer Blütenfest
- Juni: Marzahn-Hellersdorfer Sängerfest auf der Parkbühne
- Juli/August: Rock im Grünen auf der Parkbühne
- 31.1.2008 Eröffnung des Bürgeramtes im Biesdorfcenter
- 6.6.2008 Klingenberg-Oberschule, Albrechtstraße 24 wird als „Berliner Schule für Europa 2008“ ausgezeichnet
- 16.-19.2.2009 11. Theatertage der Schulen von Marzahn-Hellersdorfs im Theater am Park
- 23.4.2009 Eröffnung des Spielplatzes „Schmetterlingswiesen“

Kaulsdorf

- Mai: Gedenken am Sowjetischen Ehrenmal an der Brodauer Straße
- Dezember: Alt-Kaulsdorfer Weihnachtsmarkt
- 1.12.2006 Die Kleingartenanlage „Kaulsdorfer Busch“ erhält im bundesweiten Wettbewerb eine Bronzemedaille
- 21.4.2008 Die Ulmen-Grundschule, Ulmenstraße 79/85, feiert ihren 80. Geburtstag
- 21.5.2008 Benennung des Heinrich-Grüber-Platzes.
- 2.3.2009 Gründung des Tourismusvereins im Schloss Kaulsdorf
- 18.7.2009 Die Kleingartenanlage „Kaulsdorfer Busch“ feiert 70. Geburtstag

Mahlsdorf

- 6.2.2007 Der Deutsche Chorverband übergibt dem Kindergarten „Haus zu den Seen“, Eisenstraße 11 - 13, die Auszeichnung „Felix - Kleine Kinder singen gern“

Gefunden bei <http://zitate.net>

Die Altersweisheit gibt es nicht. Wenn man altert, wird man nicht weise, sondern nur vorsichtig.

Ernest Hemingway
21.07.1899 - 02.07.1961
US-amerikanischer Schriftsteller

Arbeitsergebnisse regelmäßig informieren lassen. Im Zuge von Haushaltsdiskussionen aber auch aus politischen Gründe wurde und wird diese Stelle von den anderen Parteien immer wieder in Frage gestellt. Nach unserer Meinung ist die Arbeit eines solchen Beauftragten auch weiterhin notwendig.

Seit längerem stehen auch die Verordneten der LINKEN dafür ein, dass bei allen bezirklichen Vorhaben die Fragen zum Umwelt- und Naturschutz gestellt werden. Klimaschutz muss aus unserer Sicht auch im Bezirk eine Rolle spielen. In Fragen von Natur- und Umweltschutz arbeiten wir sehr eng mit den ehrenamtlichen Naturschützern im Bezirk zusammen.

Zum Erhalt und der weiteren Entwicklung der Kleingärten setzen wir uns für deren planungsrechtliche Sicherung ein.

Nahe dran und mittendrin - zukunftsfähiges Verkehrskonzept

Durch die Mitarbeit von Frank Beiersdorff in der Arbeitsgruppe Nahverkehr beim Bezirksamt begleiten wir die Arbeit der BVG bei der Gestaltung des Nahverkehrsplanes kritisch. Dadurch konnten konkrete Verbesserungen z.B. bei den Buslinien X 69 und 195 erreicht werden. Auch weiterhin werden die konkreten Forderungen von Bürgerinnen und Bürger in dieser Arbeitsgruppe aufgegriffen und an die Nahverkehrsbetriebe herangetragen werden.

Die auch von der Fraktion mehrheitlich mitgetragene Forderung nach der Tangentialverbindung Ost, ein entsprechender Antrag wurde 2006 von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, ist sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der LINKEN umstritten. Senat und Abgeordnetenhaus haben bisher keine Entscheidung getroffen.

Stadtumbau - eine Chance

Da die finanziellen Mittel für die Grünunterhaltung im Bezirk eher weniger als mehr werden, werden Fördermittel jeder Art akquiriert, um über EU-Projekte, Stadtumbau Ost, Sport- und Schulanlagensanierungsprogramme die Pflege der Grünanlagen zu ermöglichen. Über das Bündnis für Arbeit gelingt es bisher regelmäßig, weitere Grünanlagen zu errichten und zu pflegen.

Bei größeren Projekten zum Stadtumbau bemüht sich das Bezirksamt, rechtzeitig mit den Anwohnern in Kontakt zu treten und sie in die Umsetzung einzubeziehen. Dazu werden regelmäßig Einwohnerversammlungen durch-

geführt, zu denen der zuständige Bezirksstadtrat Norbert Lütcke einlädt. Solche Einwohnerversammlungen fanden zur Umgestaltung des Springpfuhlparks, des Cecilienviertels und des Hummelplatzes statt.

Am Helene-Weigel-Platz wird ab Ok-



Am Helene-Weigel-Platz

Foto: N. Lütcke

tober 2009 die Umgestaltung der Einzelhandelsstandorte beginnen. Auf einer Einwohnerversammlung des Bezirksamtes informierten sich mehr als 200 Bürgerinnen und Bürger darüber. Bei der Gestaltung der

Rückbauflächen Kölpiner/Golliner/Schorfheidestraße nach Abriss der Wohnbebauung wurden die Anwohnerinnen und Anwohner in das Verfahren einbezogen.

Trotz dieser Bemühungen, Anwohnerinnen und Anwohner rechtzeitig in Baumaßnahmen einzubeziehen, kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen den individuellen und den Bedürfnissen der Allgemeinheit.

Die Ergebnisse des Werkstattverfahrens zur Zukunft der Ringkolonnaden konnten nur zum Teil umgesetzt werden. Der Abriss des südlichen Teils der Ringkolonnaden ist beschlossen und soll noch in diesem Jahr beginnen. Das Bürgerbegehren zu seinem Erhalt hatte keinen Erfolg. Auch der Rückbau der Wohnbebauung in der Ludwig-Renn-Straße war nicht zu verhindern. Ein Erfolg ist allerdings, dass der Wohnblock in der Mehrower Allee nur teilweise rückgebaut wird. Die Pläne des Bezirkes, den nördlichen Teil der Ringkolonnaden zu einem Nachbarschaftshaus umzubauen, lassen sich nicht umsetzen. Das Gebäude ist zum Verkauf angeboten.

Seit September 2006 konnten im Bezirk zahlreiche Plätze, Parks und andere Grünanlagen neu gestaltet werden, weil viele Möglichkeiten genutzt wurden, über den Haushalt hinaus finanzielle Mittel einzuwerben.

Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

Durch unser Agieren im Jugendhilfeausschuss sichern wir seit Jahren die Arbeit des Kinder- und Jugendbüros und anderer Freier Träger, die Projekte für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen anbieten. Solche Projekte sind u.a. „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, die U-18-Wahl, der Jugendwettbewerb Stadtumbau Ost und das Projekt Bürgerhaushalt aus Sicht von Kindern und Jugendlichen.

Bürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) und die Stadträte laden Kinder und Jugendliche regelmäßig ins Rathaus zu Kinderversammlungen ein.

Kinder und Jugendliche fördern, Familien unterstützen

Das Bezirkliche Bündnis für Kinder agiert im Sinne einer gesunden Entwicklung unserer Kinder sowie der Stärkung von Familien in unserem Bezirk. In Vorbereitung der Aktion Feriensommer 2009 nahmen viele Fraktionsmitglieder sowie Dagmar Pohle, Manuela Schmidt und Norbert Lütcke an Benefizveranstaltungen teil, z.B. an einer Märchenlesung im Saal der Empfänge im Erholungspark Marzahn und an einem Konzert mit Katja Ebstein. Für den Feriensommer 2009 haben neben vielen anderen Sponsoren auch die Verordneten der BVV 391 Euro gespendet. Mit der Aktion Feriensommer, die in diesem Jahr bereits zum 5. Mal stattfindet, können Kinder aus sozial benachteiligten Familien Veranstaltungen in und auch außerhalb des Bezirkes besuchen. Eintrittsgelder und Fahrscheine können mit den Sponsorengeldern bezahlt werden.

Altern in Würde – Solidarität der Generationen

Auf der Basis des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes unterstützen wir die Arbeit der Seniorenvertretung im Bezirk tatkräftig. In diesem Zusammenhang sichern wir, dass Mitglieder der Seniorenvertretung in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung Rederecht haben und damit regen Gebrauch von ihren Mitwirkungsmöglichkeiten machen können. Viele Anregungen erhalten wir aus der jährlich stattfindenden Senioren-BVV. So mancher daraus resultierende Antrag wurde durch die Bezirksverordnetenversammlung umgesetzt. Künftig wollen wir uns noch stärker dafür einsetzen, dass auch älterer Bürgerinnen Bürger mit Migrationshintergrund in die Seniorenarbeit mit einbezogen werden.

Für die interkulturelle Öffnung des Bezirkes

In unserem Bezirk leben über 30 000 Menschen mit Migrationshintergrund aus 128 Ländern. Deshalb beschäftigen wir uns offensiv mit den Fragen, Aufgaben und Konflikten von Zuwanderung und Integration. In Marzahn-Hellersdorf leben eine große Anzahl vietnamesischer Mitbürger, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und anderen Staaten. Sie sind sehr verschieden, was Muttersprache, Religionen und Lebensstile betrifft. Die größte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund im Bezirk sind Deutsche, die aus der ehemaligen UdSSR zugewandert sind. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass die unter Leitung von Viktor Fromm von Lyra e.V. erstellte Ausstellung „Über das Schicksal der Russlanddeutschen“ als ständige Ausstellung im Bezirk gezeigt wird.

Der Erhalt des Migrationssozialdienstes ist aus unserer Sicht eine wichtige Voraussetzung für das Miteinanderleben. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang für Projekte ein, die Beratung und Unterstützung anbieten.

Die Fraktion tritt für einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern ein. Wir betrachten Integration als Gegenstück zur Ausgrenzung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Unterbringung im Aufnahmeheim Motardstraße mit so genannter Vollverpflegung zu beschränken und dieses Heim, das sich am Rand von Spandau befindet, in der Perspektive zu schließen.

Wir unterstützen im Ausschuss für Migration und Integration und im Migrantenbeirat die Vorbereitung und Durchführung der jährlich stattfindenden Interkulturellen Wochen.

Kulturelle Einrichtungen, Dienste und Angebote weiterentwickeln und nachhaltig sichern

Viel Kraft und Engagement setzen wir für den Erhalt des Freizeitforums Marzahn ein. Seit September 2006 wurden weitere wichtige Entscheidungen getroffen.



Hans Hübner, auf dessen Initiative hin die Renau-Ausstellung zustande kam, spricht bei deren Eröffnung.

Foto: R. Schilling

Die ersten Baumaßnahmen konnten durchgeführt werden. Das Freizeitforum hat sich als Veranstaltungsort für vielfältige kulturelle und sportliche Angebote zu erschwinglichen Preisen weiter stabilisiert.

Konequent verfolgten wir das Ziel, dass für die dauerhafte Ausstellung zur Bezirksgeschichte ein weiteres Gebäude zur Verfügung steht. Eine Lösung ist in Sicht, seit Ende 2008 wird die untere Etage der ehemaligen Lüdecke-Bibliothek in Alt-Marzahn umgebaut. Am 16. September 2009 kann die Schlüsselübergabe erfolgen.

Die Fraktion hat das Anliegen von Hans Hübner, mit einer

Ausstellung Leben und Werk von Josep Renau zu würdigen, tatkräftig unterstützt. Die Ausstellung „Ich habe nicht gewartet. Ich habe gelebt. – Der Maler und Fotomonteur Josep Renau (1907 - 1982) Valencia - Mexiko - Berlin“ wurde am 8. Februar 2009 im Ausstellungszentrum „Pyramide“ in der Riesaer Straße eröffnet.

Siedlungsgebiete Biesdorf – Mahlsdorf – Kaulsdorf

Das größte zusammenhängende Siedlungsgebiet der BRD zeichnet sich nach wie vor durch Verdichtung und Bevölkerungswachstum aus. Die Bürgerinnen und Bürger in Biesdorf, Mahlsdorf, Kaulsdorf wenden sich teilweise mit anderen Forderungen an uns als die Bewohner der Großsiedlungen. Wie zum Beispiel der Anschluss der Grundstücke, welche bisher noch nicht angeschlossen sind, an das Berliner Abwassersystem. Erster Teilerfolg, den wir gemeinsam mit dem VMEG und in Abstimmung mit unseren Abgeordneten errungen haben, ist der, dass bis 2012 weitere Grundstücke in Mahlsdorf-Nord angeschlossen werden.

Dem steigenden Bedarf an Kitaplätzen wird durch den bereits beschlossenen Neubau einer Kindertagesstätte in Biesdorf Rechnung getragen, auch für Kaulsdorf und Mahlsdorf sind neue Einrichtungen geplant.

Bürgernahe Verwaltung für die Bewohner der Siedlungsgebiete wurde mit der Eröffnung des Bürgeramtes am Elsterwerdaer Platz greifbarer. Der Standort in Mahlsdorf konnte erhalten werden.

Schloss und Park Biesdorf und Gutshaus und Park Mahlsdorf sind wichtige kulturelle und Erholungsplätze für den Bezirk und darüber hinaus. Die Sanierungsarbeiten am Schloss Biesdorf sind soweit fortgeschritten, dass ein Nutzungskonzept für die zukünftige Betreuung vom Verein Ost-West-Begegnungsstätte e.V. erstellt und von der Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen wurde. Die weitere Entwicklung des Siedlungsgebietes ist Potential und Herausforderung zugleich – für uns und den Bezirk.

Textbeiträge dieser (Zwischen-)Bilanz von: Klaus-Jürgen Dahler, Frank Beiersdorff, Zoe Dahler, Ute Thomas, Hassan Metwally, Sonja Hildebrandt, Uschi Zopf, Norbert Lüdtke, Renate Schilling, Eberhard Roloff

Russland im Gefüge der Mächtigen

Bereits zum zweiten Mal war Wolfgang Grabowski, ehemaliger Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau, als Kenner der russischen Politik gestern und heute im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße zu Gast und erstaunte und begeisterte jedes Mal die Zuhörerinnen und Zuhörer mit seinem detaillierten Wissen über Russland im „Gefüge der Mächtigen“ - so das Thema der Veranstaltungen.

Die vor ihm saßen, waren auch nicht so ganz „unbeleckt“ - konnten lange Studienzeiten oder anderweitige längere Aufenthalte in der Sowjetunion und zum Teil auch in Russland aufweisen. So verstand man sich und wusste, wovon die Rede war, wenn Wolfgang Grabowski von der russischen Seele sprach und davon, dass für westliche Politiker der Osten nach wie vor ein fremdes, unerklärliches Land und Phänomen sei, das nicht einfach zu verstehen sei, und dass der Wille dazu bei westlichen Politikern und auch Firmen oft fehlt.

Mit Obama sei die arrogante Distanz, die jahrelang die Beziehungen des Westens zu Russland bestimmt haben, aufgetaut. Man be-

gegnet sich auf gleicher Augenhöhe, und es wäre auch töricht, wenn man die Macht Russlands und der neuen aufstrebenden Wirtschaften Chinas, Indiens und Brasiliens unterschätzen würde. Über die wirklichen Ziele des amerikanischen Präsidenten, nämlich Amerika wieder einen anderen Stellenwert in der Weltpolitik einzuräumen, gab es keinen Zweifel.

Interessant waren die detaillierten Informationen über die Beratungen auf höchster Ebene und die Einschätzungen der Atmosphäre zwischen den Politikern - vor allem, da inzwischen klügere, aber schon pensionierte deutsche Politiker seit geraumer Zeit sachliche Beziehungen zum Osten einfordern und das nicht wenig lautstark, wie Egon Bahr, Helmut Schmidt oder Hans Dietrich Genscher und Gerhard Schröder, deren Motive schlichtweg persönliche Erfahrungen und pragmatischer Natur seien dürften.

Für die Menschen bedeuten solche vernünftigen Beziehungen aber einfach eher längerfristig mehr Frieden auf der Welt.

Sabine Schwarz

Petra Pau (MdB):

Börsen-Bahn mit Schock-Garantie

Nicht immer schlägt Bundespolitik so spürbar bis in den Kiez durch. Insofern können sich Berlinerinnen und Berliner glücklich schätzen. Sie sind Teil eines großen Experimentes, das eine lange Vorgeschichte hat.

Stellen wir uns einmal vor, die weltweite Finanzkrise wäre nicht schon im September vorigen Jahres „ausgebrochen“, sondern erst ein halbes Jahr später. Dann würde die Bahn AG nämlich längst an der Börse gehandelt. Ein namhafter Schauspieler wäre sicher gefunden worden, der allabendlich für die neue Volksaktie wirbt. Und wahrscheinlich hätten sich auch genügend Leute für die bombensichere Anlage ködern lassen. Sie alle wären jetzt „Nese“, wie der Berliner sagt. Denn der aktuelle Aktienkurs trüge gerade noch soweit, wie das Sommer-Kursbuch der S-Bahn.

Dabei kam alles nur, wie es kommen musste. Die Bahn AG wurde börsenreif saniert, auf Kosten der Belegschaft, zu Lasten des Services und der Sicherheit.

Nun stehen alle Räder still, nichts geht mehr. „Mehdorn!“, hört man allenthalben schimpfen. Zu Recht. Aber bei alledem bitte nicht

vergessen: Es war die CDU/CSU, die zum Börsengang gedrängt hat und die hat eine Spitzenfrau, Angela Merkel. Auch der Bundesverkehrsminister griff kräftig in die Räder. Er heißt aktuell Wolfgang Tiefensee und ist Mitglied der SPD.

Das einzige, was die Privatisierungs-Fanatiker beim forcierten Börsengang innehalten ließ, war die weltweite Krise und die Sorge, die Bahn-Aktien könnten derzeit nicht genug Schotter abwerfen. Ein Lehrstück mit eingebauter Schock-Garantie – für die Fahrgäste! Zumal: Der Börsengang wurde lediglich aufgeschoben, nicht aufgehoben! Und ich nehme gerne Wetten an: Wenn das Führungs-Duo nach der Bundestagswahl Merkel-Westerwelle heißen sollte, dann boomt der Fahrrad-Handel. Das mag Die Grünen vielleicht freuen. Bahn-Kunden indes könnten dann von guten alten Zeiten träumen, da der Verkehr auf der Schiene noch mehr galt als kapitaler Spekulations an der Börse.

PS: Demnächst will die Bundesregierung übrigens in Ost-Deutschland über 300 Seen mit 15.000 Hektar Wasser- und Uferfläche verkaufen.

Zur Neubebauung des Helene-Weigel-Platzes

Die große Überschrift „Kaiser's kommt wieder“ in der „Berliner Woche“ lässt erkennen, dass der Autor die Bedeutung des von der TLG IMMOBILIEN GmbH am 14.7.2009 im Alten Marzahn Rathaus vorgestellten Projektes für die Neubebauung der Westseite des Helene-Weigel-Platzes nicht mal zur Hälfte verstanden hat. Was endlich wieder kommt, ist die Erkenntnis der Marzahn Politiker, den architektonisch gelungensten Platz des Stadtbezirks wieder zu dem zu machen, was er mal war, zu einem beliebten, gerne besuchten Teil unserer Stadt.

Mit der abschließenden Neugestaltung des Platzes wird wieder ein unverwechselbarer Anziehungspunkt für die Marzahn entstehen. Ich stimme der Bemerkung des Marketingchefs der TLG, wenn er das Projekt „als eine entscheidende Zäsur“ mit weitreichenden Auswirkungen für den ganzen Platz bezeichnet, ohne jede Einschränkung zu.

Heute weiß ich nun auch, dass es keine Höflichkeitsfloskel des Bezirksstadtrates für Wirtschaft war, als er im ersten Gespräch mit dem Verein am 21.1.2007 erklärte, dass er die Marzahn Promenade und den Helene-Weigel-Platz für die wichtigsten Entwicklungsgebiete des Bezirks hält. Völlige Übereinstimmung konnten wir auch im darauffolgenden Gespräch mit dem Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung feststellen. Beide erklärten die Notwendigkeit der Verlagerung des Bürgerbüros aus dem Alten Rathaus Marzahn nach Biesdorf-Süd und sagten zu, sich für die Durchsetzung des BVV-Beschlusses, im Rathaus Möglichkeiten für ein zeitlich eingeschränkte Beratung zu schaffen, einzusetzen.

Und last not least weiß ich heute auch, dass die von den leitenden Männern der TLG in den

Gesprächen im Juni 2006 und im Mai 2007 getroffene Feststellung, wonach der Helene-Weigel-Platz in ihrem Unternehmen als wichtiger Standort eingeordnet sei, in den investiert werden soll, keine Floskel war, sondern dass zu jener Zeit schon hart an einem Projekt gearbeitet wurde.

Ich habe nicht die Absicht, die Leser damit zu behelligen, aufzuzählen, wer, wann oder welche Partei am meisten die Trommel gerührt hat, in welcher Zeitfolge was abläuft, wo die Baustelleneinrichtung stehen wird usw. Wer will, kann das alles nachlesen und begucken unter www.helene-weigel-platz.de.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich allerdings, dass die Initiatorin der Bemühungen um die Entwicklung des Platzes die frühere Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Prof. Erika Maier, war, die zu diesem Zweck die parteiübergreifende „INITIATIVE HELENE-WEIGEL-PLATZ“ ins Leben gerufen, und dass die Weiterführung dieser Arbeit der „Springpfuhl e.V.“ aufgenommen hat und dies heute noch als den Hauptinhalt seiner Arbeit betrachtet.

Mittlerweile schreiben wir das Jahr 2009 und es ist klar, dass sich in dieser Zeit zum Teil unumkehrbare Veränderungen vollzogen haben, gegebene Zusagen (mobiles Bürgerbüro im Alten Marzahn Rathaus, Auflage eine Förderprojektes City-Management Helene-Weigel-Platz) noch offen sind.

Aber genau so klar ist auch, dass wir die Vision nicht aufgeben, dass das Rathaus des Stadtbezirks dort „stattfindet“, wo es einmal für 25 Millionen DDR-Mark hingebaut wurde, und nicht in einem 08/15-gepachteten Bürogebäude in der Hellen Mitte, wo allmählich immer mehr Lichter ausgehen.

Dr. Helfrid Kreutzer

Infosplitter

Gedenken

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung auf dem Hummelplatz wird auch ein neu gestalteter Gedenkstein „Zum Gedenken an die von den Nationalsozialisten ermordeten Mahlsdorfer Widerstandskämpfer Karl Vesper, Arthur Weisbrodt, Johann Przybilla“ aufgestellt werden.

Neues am Helene-Weigel-Platz

Am 14. Juli haben Bezirksamt und TLG die Pläne für den Umbau am Helene-Weigel-Platz vorgestellt. Der Gebäudekomplex, in dem sich bisher Kaiser's befindet und ehemals „Multistore“ befand, wird abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. In den Neubau, der z.T. zweistöckig errichtet wird, ziehen Kaiser's wieder ein, ebenso eine Zahnklinik, eine Apotheke, eine Drogerie und weitere Anbieter, auch für Bekleidung. Mit dem Abriss soll noch in diesem Jahr begonnen werden, die Fertigstellung ist für 2011 geplant.

Konzept

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16. Juli 2009 das inhaltliche Nutzungskonzept für das Schloss Biesdorf und die Grundzüge des Betriebes zur Kenntnis genommen und die bisherige Arbeit des Vereins „Stiftung Ost-Westbegegnungsstätte Schloss Biesdorf e.V.“ gewürdigt. Das Konzept sieht vor, eine „Galerie Bilderstreit“ mit Bildern aus dem Kunstarchiv Beeskov (Kunstwerke aus der DDR) einzurichten.

Eröffnung

Seit Ende 2008 wird die untere Etage der ehemaligen Lüdecke-Bibliothek in Alt-Marzahn endlich umgebaut, um die bereits fertiggestellte dauerhafte Ausstellung zur Bezirksgeschichte aufnehmen zu können. Die Arbeiten sind soweit abgeschlossen, dass am 16.9.2009 die Schlüsselübergabe erfolgen kann.

Schließung

Weil es zu wenige Anmeldungen für das neue Schuljahr gibt, werden an der Johannes-Falk-Hauptschule, Peter-Huchel-Straße, keine 7. Klassen mehr eingerichtet. Die Schule wird zum 31. Juli 2010 geschlossen, die verbleibenden Klassen werden von der Jean-Piaget-Schule übernommen.

„Schmuddelecken“

Wir haben nachgefragt und Auskunft bekommen zu einigen „problematischen“ Ecken im Bezirk. Die Hochhäuser an der Hellersdorfer Straße haben wieder einmal einen neuen Eigentümer. Dieser lässt zurzeit Aufräumarbeiten in den Häusern durchführen. Geplant ist die Herrichtung der Häuser für Wohnzwecke, ein konkreter Bauantrag wurde allerdings noch nicht gestellt.

Nach monatelanger Ruhe hat an der Zosener Straße der seit längerem beantragte Bau eines weiteren Lidl-Marktes begonnen.

Am Cottbusser Platz sind auf auch Anregung von Bürgern im Zusammenhang mit dem Projekt Bürgerhaushalt, Gefahrenstellen am ehemaligen Jugendklub „Malibu“ beseitigt worden.

Renate Schilling

Noch 'ne Schulhof-CD?

„Aufmucken gegen Rechts“ startet in die nächste Phase

Es ist soweit! Mitte August wird die lang erwartete Neuauflage der „Aufmucken gegen Rechts“-CD ausgeliefert. Darauf vertreten sind die Gewinner-Bands aus allen 16 Landesverbänden des Jugendverbandes.

Anfang des Jahres fanden hierzu bundesweit Konzerte statt, für die sich junge lokal agierende Bands bewerben konnten. Natürlich sollte der politische Background der Aktion im Mittelpunkt stehen. In Berlin beteiligten sich drei Basisgruppen an dem Contest und schickten jeweils erstklassige Jugendbands ins Rennen. Die KandidatIn aus Neukölln-Süd setzte sich letztlich beim Finale im Festsaal Kreuzberg durch und wird nunmehr auf der CD vertreten sein.

Seit der ersten erfolgreichen „Aufmucken“-Kampagne 2006 gibt es eine ganze Reihe von CD-Projekten, die sich gegen Nazis stellen und für eine junge alternative Jugendkultur werben. Dies zeigt,

dass das Prinzip einer kulturellen Offensive gegen rechtes Gedankengut erfolgreich ist und immer mehr Initiativen und MusikerInnen

einbindet. „Aufmucken“ ist hierbei sicher ein Projekt von vielen, aber auch ein ganz klares Statement der Linksjugend [‘solid] und der Partei DIE LINKE gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Es lädt zum selbst aktiv Werden ein und legt bewusst den Fokus auf lokale Bands, die bislang kaum eine Chance hatten, ihre Musik professionell im Tonstudio aufnehmen zu können. Dieser klare Bezug zu AkteurInnen gegen Rechts vor Ort ist wohl die Besonderheit gerade an diesem CD-Projekt.

Auch wenn die jetzige Auflage mitten im Bundestagswahlkampf erscheint, legen die InitiatorInnen wert darauf, dieses Projekt nicht als Wahlkampf-Instrument zu verstehen. Vielmehr ist die neue CD ein Hilfsmittel, überall dort neue antifaschistische Akzente zu setzen, wo Nazis bislang ungestört ihre Propaganda verbreiten konnten. Im Aufruf der Kampagne heißt es dazu: „Die Linksjugend [‘solid] kämpft konsequent gegen Rechts. Die ‚Aufmucken gegen Rechts‘-Kampagne soll der Türöffner für eine Informationsoffensive sein. Durch Konzerte und Musik wollen wir eine antifaschistische Jugendkultur gerade in die Bereiche tragen, in denen die neofaschistische Pest wütet oder sogar schon die Oberhand gewonnen hat.“

Bjoern Tielebein



„Rock für Links“ in Lichtenberg - umsonst & draußen“

Pünktlich zum Auftakt der heißen Wahlkampfphase findet am 5. September 2009 das alljährliche „Rock für Links“-Konzert Lichtenberg in der Parkaue nahe dem S+U-Bahnhof Frankfurter Allee statt. Bei hoffentlich strahlendem Sonnenschein werden wieder junge Bands für gute Unterhaltung sorgen. Neben politischen Informationsständen wird es auch wieder ein breites Angebot zum Mitmachen geben. Ob beim Chillen auf der Wiese oder beim Kicken und Volleyball, neben guter Musik und Politik bie-

tet das umsonst-und-draußen-Festival für alle jede Menge Möglichkeiten, Spaß zu haben und aktiv zu werden. Das Konzert wird von der Linksjugend [‘solid] gemeinsam mit der Partei DIE LINKE. Lichtenberg organisiert und findet bereits zum elften Mal statt.

Mehr Infos sind im Internet erhältlich unter www.rock-fuer-links.de.

Linksjugend Marzahn-Hellersdorf



Dokumentiert: Auf einer der Basisgruppen-SprecherInnenberatungen kam die Frage nach der Position zu den Gewaltaktionen in Berlin, die DIE LINKE nicht hätte, auf. Die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat sehr wohl Position bezogen und Udo Wolf eine gute Rede dazu gehalten, die wir hier mit einem Auszug aus dem gültigen Wortprotokoll veröffentlichen. Zur Verfügung gestellt hat es Wolfgang Brauer, ebenfalls Mitglied der Fraktion der LINKEN im Berliner Parlament.

16. Wahlperiode • 50. Sitzung • Berlin, Donnerstag, 25. Juni 2009 • (Plenarprotokoll) • Ifd. Nr. 3: Aktuelle Stunde

Herr Körting, stoppen Sie den roten Terror – Berlin darf nicht Hauptstadt des Linksextremismus werden!

Antrag der CDU in Verbindung mit Ifd. Nr. 12:
Beschlussempfehlung

Runden Tisch gegen Linksextremismus einrichten

Beschlussempfehlung InnSichO Drs 16/2469 • Antrag der CDU Drs 16/2383

[...]

Udo Wolf (Linksfraktion):

Danke, Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Ratzmann! Ich war versucht – was selten hier im Haus vorkommt – mich nach den ersten von Ihnen gesprochenen Sätzen herzlich bei Ihnen zu bedanken. Ich springe über meinen Schatten und bedanke mich gleichwohl. Für den Anfang, als Sie über die Gemeinsamkeiten hier im Haus gesprochen haben, bin ich Ihnen dankbar. Es ist relativ übersichtlich, was die CDU-Fraktion hier in dieser Aktuellen Stunde versucht, nämlich uns mit auf die Anklagebank wegen der linksextremistischen Gewalttaten zu setzen.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Wir haben bereits am Montag im Innenausschuss das zweifelhafte Vergnügen gehabt, die bunte Welt der Mythen und Legenden der CDU und der FDP zu diskutieren. Da wird munter alles mögliche zusammengerührt: brennende Autos, 1. Mai, Polizeistatistik, „Action Weeks“ und Tempelhof-Nachnutzung, ein Potpourri, mit dem der bis zum vergangenen 1. Mai von der Union schmerzlich vermisste Hauptfeind, der Linksextremismus, noch einmal stärker und mächtiger geredet wird, als er in Wahrheit ist. Wer versucht, diese Dinge differenziert und sachlich zu diskutieren, wer versucht, der Frage einigermaßen nüchtern nachzugehen, was gegen welches Gewaltphänomen hilft, was nicht und wo tatsächlich die Grenze zwischen Protest und der Gefährdung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung liegt, der wird der Kumpanei mit Gewalttätern beschuldigt. Schade, dass dieses Springer-CDU-Ritual immer wieder verfängt. Dabei liegt auf der Hand, dass diese sinn- und hirnlose Gewalt, das Anzünden von Autos, Anschläge auf Gewerkschaftsbüros, Restaurants oder das Flaschen- und Steinewerfen aus Demonstrationen heraus schadet, und zwar neben den konkreten Opfern natürlich in erster Linie auch der demokratischen Linken und dem Anliegen, ernsthaft über Probleme wie Stadtentwicklung, Segregation und Gentrifizierung zu reden.

[Beifall bei der Linksfraktion – Zuruf von Dr. Martin Lindner (FDP)]

Uns zu schaden und vorzuführen, Herr Lindner, eint die Täter tatsächlich mit „BZ“ und „Bild“ und offensichtlich auch mit Ihnen, so, wie Sie die Debatte führen.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Das sind Ihre Straßenkolonnen und sonst nichts! –

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Sind Sie sich sicher, dass es nicht Ihre sind?]

Weil das so ist, weil Herr Schupelius, Herr Juhnke und Herr Lindner gelernt haben, dass Wiederholung die Mutter der Propaganda ist, muss ich wegen Ihrer wiederholten Unterstellungen das Haus mit Selbstverständlichkeiten langweilen. Straftaten, wie sie zum Beispiel am 1. Mai aus einer Demonstration heraus begangen worden sind, die Anschläge auf Restaurants oder auch das Anzünden von Autos sind zu verurteilen. Sie sind durch keine politisch Parole gerechtfertigt.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –

Henner Schmidt (FDP): Weiß das auch Frau Baba?]

Darüber hinaus sind solche Taten auch nicht links, sondern hirnrissig. Die Täter haben nicht nur dem Bemühen um einen repolitisierten und dabei friedlichen 1. Mai einen schweren Rückschlag verpasst, sie liefern zudem jenen Kreisen Munition, denen das Demonstrationsrecht, die Deeskalationsstrategie und die Entwicklung der Berliner Polizei hin zu mehr Offenheit, zu einer liberalen, bürgernahen Hauptstadtpolizei schon immer ein

Dorn im Auge war.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Und weil in solchen Debatten so viele Kinder mit dem Bade ausgeschüttet werden, betone ich auch für meine Fraktion: Für uns bleibt das Demonstrationsrecht ein hohes Gut, ebenso wie die Unschuldsvermutung. Das bedeutet auch, dass ein Gewalttäter auf einer Demonstration erst dann ein Gewalttäter ist, wenn er gewalttätig wird und nicht einfach nur so aussieht.

[Beifall bei der Linksfraktion – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Und ein Straftäter ist erst dann einer, wenn er einer Straftat überführt ist, und nicht schon, wenn er einer solchen beschuldigt wird. Wenn uns diese Haltung für irgendjemanden in diesem Haus verdächtig macht, dann ist das schade, aber nicht zu ändern. Wir sind uns ganz sicher, dass wir damit fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Ich will versuchen, die verschiedenen Fragestellungen, um die es hier eigentlich gehen sollte, zu sortieren.

Zum Ersten: Die Serie von Brandanschlägen, die Überfälle auf Restaurants, Gewerkschaftshäuser, Privatwohnungen etc. sind Straftaten, die mit kriminalpolizeilichen Mitteln aufgeklärt werden müssen, so wie andere Straftaten wie Wohnungseinbrüche, Raub usw. – ganz egal, ob sie einen politischen oder unpolitischen Hintergrund haben. Präventiv lässt sich da leider wenig tun. Das liegt an der Tatbegehungsweise. Dies ist schon häufig seitens des Polizeipräsidenten erklärt worden, das ist gestern noch einmal von Frau Schmid vor dem Verfassungsschutzausschuss erklärt worden. Das ist ein Problem, das in dieser Tatbegehungsweise liegt. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Dem Innensenator und der Berliner Polizei kann hier seitens eines sachlichen Beobachters keinerlei Versäumnis angelastet werden.

[Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!]

Wir können nur wünschen, dass die Aufklärung dieser Straftaten schnell vonstatten geht und über die Aufklärung der Straftaten ein Zeichen gesetzt wird, damit dem etwas entgegengesetzt werden kann.

Zum Zweiten: 1. Mai und „Action Weeks“ – ich fasse das aus Zeitgründen in einem zusammen: Je länger der 1. Mai her ist, desto schlimmer und verheerender, als er es war, wird er in der Erinnerung mancher. Ja, im Vergleich zum Vorjahr hatten wir mehr und auch schon zeitlich früher gewalttätige Auseinandersetzungen, und es ging auch brutaler zu. Es gab auch so etwas wie ein Revival eines „schwarzen Blocks“. Gemessen an den drei vorangegangenen Jahren war es ein Rückschlag. Wenn wir jedoch ehrlich sind, müssen wir feststellen, im Vergleich zu den Zeiten der Demonstrationsverbote, der martialischen Polizeieinsätze der früheren Jahre hat sich die Gewalt in Grenzen gehalten. Und es konnte vor allem weitgehend vermieden werden, dass friedliche Festbesucher in Mitleidenschaft gezogen wurden. Insofern war der Polizeieinsatz auch ein vernünftiger Polizeieinsatz. Das muss man hier auch einmal feststellen.

[Kurt Wansner (CDU): Sie haben doch wohl von nichts eine Ahnung!]

Und bei den „Action Weeks“ gab es unproblematische Veranstaltungen und Aktionen, in denen politische Inhalte eine Rolle spielten – das stammt nicht von mir, sondern das hat Frau Schmid vom Verfassungsschutz gestern erklärt –, und es gab Aktionen, die nicht nur den legalen, sondern auch den politisch legitimen Rahmen, zum Beispiel den des friedlichen

zivilen Ungehorsams, überschritten haben. Da musste die Polizei eingreifen. Das hat sie getan. Und ob sie das in jedem Fall angemessen und verhältnismäßig getan hat, muss man im Einzelfall prüfen, sofern Beschwerden erhoben werden.

Nun zu Tempelhof: Uns wäre es auch lieber gewesen, wir hätten die erwünschte Teilöffnung des Flughafengeländes bereits. Es wäre Einiges auch an unerfreulichen Szenen erspart geblieben. Dem stand aber auch die Miteigentümerschaft des Bundes im Wege.

[Unruhe bei der CDU und den Grünen – Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne): Ist doch überhaupt nicht wahr!]

Nun gab es den Aufruf, sich des Geländes zu bemächtigen – nicht nur von Linksradikalen, durchaus auch verbunden mit Sympathien bis hinein ins bürgerliche Spektrum. Weil dies auch immer wieder behauptet wird: Meine Partei hat dazu übrigens nicht aufgerufen.

Und die Berliner Polizei hat mit einem Großaufgebot eine Besetzung verhindert und damit auch unter Beweis gestellt, dass sie nicht auf dem linken Auge blind ist, wie Henkel, Juhnke und Schupelius behaupten. Sie hat es, wie man sehen konnte, auch optisch durch Outfit und Materialshow unterstrichen. Es gab durchaus auch unschöne Szenen, sei es die gezogene Waffe eines Zivilbeamten oder Vorgänge, wie sie den Mitgliedern des Innenausschusses durch einen Bürgerbrief zur Kenntnis gegeben wurden und auf die wir durch weitere Berichte und Fragen aufmerksam gemacht wurden.

Ich sage Ihnen – auch auf die Gefahr hin, dass CDU und FDP das Gesagte wieder verkürzen und umdeuten wollen: Die Bilder, die ich gesehen habe, werfen Fragen auf, nämlich ob der Polizeieinsatz tatsächlich in jedem Fall angemessen war,

[Zuruf von der CDU: Natürlich!]

ob sich Polizeibeamte in jedem Fall korrekt verhalten haben und ob die Deeskalationsstrategie gerade auf vernünftige Weise modifiziert wird. Das sind Fragen, die sich verantwortliche Politiker und Polizeiführer selbstverständlich nach jedem Polizeigrößeneinsatz stellen müssen.

[Andreas Gram (CDU): Das hat acht Minuten gedauert, jetzt sind wir beim Thema!]

Dies umso mehr, da der Eindruck entstanden ist, dass seit dem 1. Mai die Polizeieinsätze rauer und ruppiger geworden sind und öfter in der Verwendung des Schlagstocks und Pfeffersprays enden. Die Vermutung liegt nahe, dass auch in der Polizei die Springer-CDU-Kampagne Wirkung zeigt.

[Beifall bei der Linksfraction – Gelächter bei der CDU]

Die Kampagne der CDU – und dieses Gemurmel bestätigt es – arbeitet an einer Stimmung: Wer das Demonstrationsrecht verteidigt, steht unter Verdacht, Gewalttaten billigend in Kauf zu nehmen. Wer Nachfragen zu Polizeieinsätzen stellt, will rechtsfreie Räume für Chaoten schaffen. Wer über Gentrifizierung diskutiert, ist mindestens ein Sympathisant von Ter-

roristen. Das sind Ihre Thesen, und ich frage Sie: Wo leben wir denn? Ist denn bei der FDP, ist bei den Freunden des liberalen Rechtsstaates überhaupt noch jemand zu Hause?

[Beifall bei der Linksfraction – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Bisher konnte mir niemand erklären, wie eine härtere Gangart der Polizei auf Demonstrationen verhindern soll, dass an dem anderen Ende der Stadt ein Auto angezündet wird. Es konnte mir auch noch niemand erklären, wie ein martialischeres, härteres Auftreten der Polizei als zum Beispiel am 1. Mai Gewalttätige von friedlichen Demonstranten, Schaulustigen besser zu trennen vermag. Wir werden diese kritische Diskussion mit dem Koalitionspartner, dem Polizeipräsidenten und der Berliner Polizei führen, und zwar ganz sachlich, um den besseren Weg, wie wir Kriminalität effektiv bekämpfen und gleichzeitig das Demonstrationsrecht schützen können.

Der Vorschlag der CDU, bei der Senatsverwaltung für Inneres einen Runden Tisch gegen Linksextremismus einzurichten, haben wir mit einem Änderungsantrag beantwortet – es wurde schon angesprochen. Ihr Vorschlag war in keiner Sekunde ein seriöser Vorschlag, um ein Problem zu lösen. Wer Ihren Antrag liest, sieht, dass es Ihnen um Lagerwahlkampf geht und nichts anderes – geschenkt!

[Beifall bei der Linksfraction – Beifall von Frank Zimmermann (SPD)]

Es gibt keine Zweifel daran, dass Rot-Rot Straftaten bekämpft, egal woher sie kommen. Nicht geschenkt ist die Analogie zum Runden Tisch gegen Rechtsextremismus. Es war ein hohes Gut, das die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien – übrigens selbstorganisiert, nicht beschlossen durch das Abgeordnetenhaus und nicht angesiedelt bei einer Senatsverwaltung – einen Runden Tisch gegen Rechtsextremismus eingerichtet hatten. Er sollte unter anderem verdeutlichen, dass die hier vertretenen demokratischen Parteien keinerlei Relativierungen nazistischer und rechtsextremer Verbrechen durch NPD und Kameradschaften zulassen wollen. Mit der von Ihnen gewählten Analogie zwischen Links- und Rechtsextremismus, zwischen Leuten, die schwere Straftaten begehen, indem sie Autos anzünden oder Steine werfen, und Leuten, die die industrielle Massenvernichtung von Juden rechtfertigen, die Asylbewerberheime und Wohnhäuser türkischstämmiger Mitbürger angezündet haben, öffnen Sie der Relativierung nazistischer Verbrechen Tür und Tor.

[Beifall bei der Linksfraction – Beifall von Dr. Fritz Felgentreu (SPD)]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter Wolf! Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen. Würden Sie bitte zum Schluss kommen?

Udo Wolf (Linksfraction):

Mein letzter Satz: Sie begehen da – ich drücke mich vorsichtig aus – einen politisch sehr gefährlichen Weg. Es wäre schön, wenn Sie wenigstens in dieser Frage auf den Teppich kommen würden!

[Beifall bei der Linksfraction und der SPD]

Arm trotz Arbeit ...

... ist in Deutschland mittlerweile jede(r) Vierte mit einem Vollzeitjob.

Gesine Löttsch verkündete einst dem Deutschen Bundestag (noch von ihrem Klappstuhl herunter) das US-amerikanische Motto „Von Arbeit muss man leben können“. Damals gab es kaum 500 000 Niedriglöhner – heute, viereinhalb Jahre nach Einführung von „Hartz IV“, sind es etwa 7,3 Millionen.

Darunter zählen nicht die Empfänger von Alg II, nicht geringfügig Beschäftigte und auch nicht in Teilzeit Arbeitende! Die „Unterschicht“ wächst. Das ist ungerecht und soziale Härte grenzt diese Menschen und ihre Familien gesellschaftlich aus. Primär aber macht es sie abhängig von der „Nabelschnur“ des kapitalistischen Systems. Andererseits generiert der Staat aus dieser Bevölkerungsgruppe keine Steuern und Sozialabgaben mehr – volkswirtschaftlich gesehen Nonsens.

Weil Deutschland de facto als einziges EU-Mitglied keinen gesetzlichen Mindestlohn hat, kämpfen Gewerkschaften und Linke seit Jahren darum. Die 7,50-Euro-Marke des DGB hat schon einige Jahre auf dem Buckel. Die 10 Euro



der Gebäudereiniger und der LINKEN sind zeitgemäß weil: Wenn die „Sesselsitzer“ im Bundestag sich irgendwann durchgerungen haben

werden, dann liegt diese Marke vielleicht auch schon wieder unterhalb der Armutsgrenze.

Aktionen „Für einen gesetzlichen Mindestlohn“ führte am 3. und 4. Juli der DGB mit Aktiven aus IG BAU, GEW und ver.di in Lichtenberg sowie in

der Hellen Mitte durch. Der Lichtenberger Wirtschaftsstadtrat Dr. Prüfer (DIE LINKE) stand Dagmar Poetzsch (DGB-Kreisvorsitzende Ost) am 3.7. Rede und Antwort (Foto). Unsere Marzahn-Hellersdorfer Politiker fanden das Thema weniger spannend. Dafür war am 27. Juni in Spandau die gesamte SPD-Prominenz der DGB-Einladung gefolgt. Hauptkriterien für unsere Bundestags-Wahlentscheidung werden die Rente mit 67 und der gesetzliche Mindestlohn sein. Am 24. August wird Vertretern der fünf Parteien während

eines Polit-Forums schon mal „auf den Zahn gefühlt“.

Bernd-R. Lehmann, Vors. IG BAU Ortsverb.)

Veranstaltungen

5.8., 17 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, **Diskussion** zum Thema „**Verbraucherschutz in der Einwanderungsgesellschaft**“, mit Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)

» **23.8., 11 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Wahl-Frühshoppen** mit Petra Pau (MdB), Dagmar Pohle, (Bezirksbürgermeisterin), Regina Kittler (stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der LINKEN in der BVV)

» **8.9., 19 Uhr**, KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Diskussionsabend** zum Thema: „Überparteilich, nicht neutral - zur frühen **Geschichte des Kulturbundes**“, Referent: Prof. Dr. Dieter Schiller, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus

» **9.9., 19 Uhr**, LINKER TREFF, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Freundeskreis Cuba Marzahn-Hellersdorf lädt ein: Gudrun und Gerhard Mertschenk, Solibündnis Venezuela avanza und Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft Berlin, berichten von ihrer jüngsten **Reise durch Bolivien und Venezuela**; Eintritt frei; Spenden sind erwünscht; Cuba-Rum-Cocktails werden angeboten

Lesereise

Die nunmehr dritte Lesereise soll uns ins Land Brandenburg führen. Diesmal im Gepäck das Buch „Deutsche Delikatessen Republik: So kochte die DDR“. Mit der Anekdoten-Autorin Tatjana Trögel erfahren wir oder erinnern wir uns an Ideenreichtum, der über so manche „Versorgungsengpässe“ hinweghalf. Es darf und wird auch gekocht werden! Rezepte liefert das Buch gleich mit!

*Abfahrt: Sonnabend, 14.11.2009 Rückkehr: Sonntag, 15.11.2009
Fahrt: im bequemen Reisebus ab & an S-Bahnhof Biesdorf
Unterkunft: gutes Mittelklassehotel, Zi. mit Du/WC, inkl. Halbpension
Preis pro Person: ca. 90 Euro im Doppelzimmer
(Der Preis richtet sich nach den Anmeldezahlen. EZ-Zuschlag)
Teilnahmemeldungen bitte bis zum 1.9.2009 an die „Reiseleiterin“
Regina Kittler,*

*per Mail: regina.kittler@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
per Post: Linksfraktion, Regina Kittler, Helene-Weigel-Platz 8,
12681 Berlin oder per Fax: 030 54431891
Bitte angeben: Name, Vorname*

*Anzahl der Teilnehmer/innen
erreichbar über Mail / Fax / Postweg*

*Details zur Fahrt gibt es dann im September nach der Anmeldung.
Achtung! Durch die Fahrt werden lediglich die entstehenden Unkosten abgedeckt,
es entsteht also kein Gewinn. Bei Nichtteilnahme wird ein Stornobetrag einbehalten,
der sich nach der Deckung der entstandenen Kosten richtet. Die Fahrt ist für 35
Teilnehmer/innen geplant. Sollten sich mehr melden, erhalten die die Zusage, die
sich zuerst anmeldeten.*

Hinten links

Staat und Re.....Privatisierung

Seit der deutschen Einheit ging die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im Öffentlichen Dienst um mehr als 2,1 Millionen zurück – etwa ein Drittel aller Stellen im Staatsdienst!

Die im Gegenzug der Privatisierung ganzer Bereiche der Energie- und Wasserwirtschaft, bei Post und Telekom, Bahn und Krankenhäusern entstandenen „neuen Jobs“ zeigen in der Regel qualitative Einbußen, und mehr als 600.000 Stellen gingen ersatzlos verloren!

Analoge Tendenzen sind in den anderen Ländern der Europäischen Union festzustellen.

Frage

Wie stehen die Politiker dazu, dass sie im Gefolge der Liberalisierung dieser Wirtschaftszweige eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze erwartet und vollmundig uns Wählern versprochenen hatten? **R. Rüdiger**

Bezirksvorstand

» **11.8. und 25.8.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **2.9.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **2.9.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **3.9.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **3.9.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

IG / Freundeskreis

» **9.9., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba** (siehe auch links auf dieser Seite unter „Veranstaltungen“)

» **17.9., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **5.8., 17 Uhr, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)**, Diskussion zum Thema „Verbraucherschutz in der Einwanderungsgesellschaft“, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **25.8., 15 - 17 Uhr, Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **8.9., 18.30 - 20 Uhr, Wolfgang Brauer (MdA), Petra Wermke (BVV-Vorsteherin)**, Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3 A, 12689 Berlin

» **21.9., 18 Uhr, Dr. Gabriele Hiller (MdA)**, Jugendfreizeiteinrichtung „Nische“, Louis-Lewin-Straße 40c, 12627 Berlin

» **13.8., 20.8.**, jeweils **10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN**, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

| | |
|------------|----------------|
| (Montag | 13 - 17 Uhr) |
| Dienstag | 9 - 17 Uhr |
| Donnerstag | 9 - 19 Uhr |
| (Freitag | 9 - 15 Uhr) ** |

Geschlossen: Jeden Mittwoch ** (im August auch montags und freitags)

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 27.7.2009. Auslieferung ab: 29.7.2009. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 3.9. und 1.10.2009.